

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Bremerhaven

Problemlagen und Perspektiven

Situations-, Akteurs- und Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan Bremerhaven

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.
Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

Wolf Krämer

Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Rechtsextremismus – was ist das?	
2.1. Unterschiedliche Dimensionen des Rechtsextremismus.....	2
2.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	3
2.3. Ursachen für rechtsextreme Einstellungen.....	3
3. Möglichkeiten und Grenzen lokaler Arbeit gegen Rechtsextremismus	
3.1. Polizei und Justiz.....	5
3.2. Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement.....	5
3.3. Pädagogik und politische Bildung.....	7
3.4. Wirtschaft.....	8
4. Situationsanalyse: Rechtsextremismus in Bremerhaven	
4.1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen.....	9
4.2. Manifeste Rechtsextremismus	
4.2.1. Parteien.....	11
4.2.2. Regionale Hochburgen?.....	13
4.2.3. Rechtsextreme Straftaten.....	14
4.3. Einstellungspotenziale.....	15

5. Akteurs- und Ressourcenanalyse	
5.1. Bürgerbeteiligung.....	17
5.2. Netzwerke	
5.2.1. Präventionsrat.....	18
5.2.2. Mut gegen Gewalt.....	19
5.2.3. Wir in Bremerhaven.....	19
5.2.4. Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“.....	20
5.3. Gewerkschaftliches Engagement: Die AG Vielfalt.....	21
5.4. Engagement im Jugendbereich.....	21
5.5. Politische Bildung	
5.5.1. Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.....	22
5.5.2. Volkshochschule.....	23
5.5.3. Landeszentrale für politische Bildung.....	23
5.6. Bisherige Maßnahmen der Stadtgemeinde Bremerhaven	
5.6.1. Schulen und Schulamt.....	24
5.6.2. Aktivitäten des Amtes für Jugend, Familie und Frauen...	25
5.6.3. Kulturredaktion: Kulturläden Grünhöfe und Wulsdorf.....	26
5.7. Einschätzung der bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten.....	26
6. Schlussbetrachtung.....	27
7. Literaturverzeichnis.....	29

Abbildungsverzeichnis

1. Dimensionen des Rechtsextremismus.....	2
2. Arbeitslosenquote für Bremerhaven.....	10
3. Bevölkerungsentwicklung.....	10
4. Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse von DVU und BiW 2007.....	14
5. Politisch motivierte Kriminalität – rechts	15
6. Rechtsextreme Einstellungen 2010.....	16

Abkürzungsverzeichnis

BiW	Bürger in Wut
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DVU	Deutsche Volksunion
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
JN	Junge Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD)
LzpB	Landeszentrale für politische Bildung
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PdB	Protest der Bürger
VHS	Volkshochschule

1. Einleitung

Die Vorliegende Situations-, Akteurs und Ressourcenanalyse soll die Grundlage für die Entwicklung eines Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven bilden. Sie erhebt nicht den Anspruch einer vollständigen und umfassenden Gesamtdarstellung des Problemkomplexes „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ in Bremerhaven. Es werden jedoch die Spezifika des Bremerhavener Rechtsextremismus herausgearbeitet, um Problemlagen und mögliche Ansatzpunkte für eine Gegenstrategie zu identifizieren. Bereits aktive Akteure und Netzwerke gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven werden ebenso dargestellt wie Aktivitäten und Maßnahmen der Kommune.

Wer im lokalen Kontext gegen Rechtsextremismus aktiv werden möchte, muss sich zunächst darüber im Klaren sein, wovon eigentlich die Rede ist. In Wissenschaft und Politik kursiert eine Vielzahl an Begriffen und Konzepten, die sich teils ergänzen, teils widersprechen. Im ersten Kapitel soll nicht die gesamte Theoriedebatte in der Rechtsextremismusforschung wiedergegeben werden. Stattdessen wird das theoretische Fundament geschaffen, das für eine strukturierte Bestandsaufnahme, eine Einschätzung der Bremerhavener Problemlage und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Praxis notwendig ist.

Es folgt eine Situationsanalyse, welche die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen sowie die lokalen Besonderheiten des Rechtsextremismus in Bremerhaven erfasst. Dabei geht es weniger um die Analyse einzelner rechter Cliques oder eine Aufstellung von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund, als vielmehr um einen Versuch, die extreme Rechte in der Seestadt zu charakterisieren. Die Situationsanalyse ist bewusst offen gehalten und soll in Zukunft fortgeschrieben werden.

Ein Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen lokaler Arbeit gegen Rechtsextremismus soll dazu dienen, bisherige Maßnahmen einordnen und auf ihre Wirksamkeit überprüfen zu können. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen und praktischen Erfahrungen in anderen Kommunen werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die auch auf die spezifische Situation in Bremerhaven eingehen. Schließlich folgt eine Analyse der vorhandenen Netzwerke und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie eine Darstellung und Einschätzung der bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

2. Rechtsextremismus – was ist das?

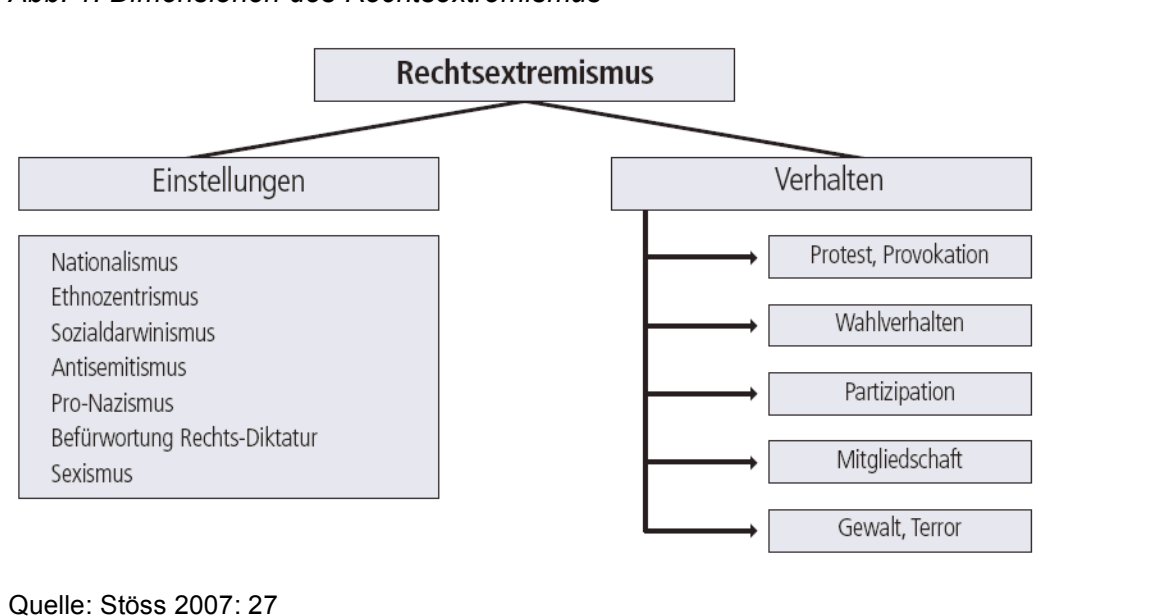
2.1 Unterschiedliche Dimensionen des Rechtsextremismus

Im Umgang mit Rechtsextremismus muss zunächst zwischen zwei Dimensionen dieses Begriffs unterschieden werden: zwischen manifestem und latentem Rechtsextremismus. Während sich Polizei, Gerichte und Verfassungsschutzämter aus rechtlichen Gründen auf manifeste Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, also auf rechtsextreme Organisationen sowie Straf- und Gewalttaten, beschränken müssen, steht der latente Rechtsextremismus, also das Vorhandensein rechtsextremer Einstellungen, für die zivilgesellschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung im Vordergrund. Zu Recht weist Hans-Gerd Jaschke darauf hin,

daß alle öffentlichen rechtsextremen Äußerungsformen in dieser oder jener Weise, mehr oder weniger von einer Weltanschauung geprägt sind, die in sich geschlossen ist und sich grundlegend von demokratischen politischen Ideen unterscheidet. (Jaschke 2001: 52)

Einstellungen sind politischem Handeln vorgelagert, führen aber nicht in jedem Fall zu diesem. Wie für alle Teile der Bevölkerung gilt auch für RechtsextremisInnen, dass nur ein kleiner Teil von ihnen politisch aktiv ist. Daher ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial wesentlich größer einzuschätzen als das Verhaltenspotenzial. (Stöss 2007: 26)

Abb. 1: Dimensionen des Rechtsextremismus



Wie genau rechtsextreme Einstellungen zu definieren sind, ist umstritten; weitgehende Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass es sich um ein vielschichtiges Einstellungsmuster handelt. Dieses enthält mindestens folgende Punkte (Stöss 2007: 27):

- Nationalismus
- Ethnozentrismus
- Antisemitismus
- Pronazistische Einstellung (Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus)

2.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Das von Wilhelm Heitmeyer entwickelte Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) beschreibt ein breites Spektrum an Einstellungen, deren gemeinsamer Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit bildet. Das GMF-Konzept erfasst derzeit zehn Einstellungen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen.¹

Roland Roth weist darauf hin, dass dieses Konzept zwar nicht als Ersatz, aber als sinnvolle Ergänzung zu gängigen Rechtsextremismus-Modellen zu sehen ist. Zum einen vermeide es eine exklusive Fixierung auf den Rechtsextremismus und lenke so den Blick in die politische Mitte. Während der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ politische Randständigkeit suggeriere, sei beispielsweise mit ‚Rassismus‘ die Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft und ihre Institutionen gemeint. Andererseits, so Roth, würden die politischen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen wie Verharmlosung des Nationalsozialismus und Befürwortung einer Diktatur bei Heitmeyer vernachlässigt. (Roth 2010: 16 f.)

Betrachtet man Rechtsextremismus mit dem Ziel, Strategien zur Prävention zu entwickeln, ist es durchaus sinnvoll, mit dem Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu operieren. So verweist beispielsweise Roth darauf, dass man menschenfeindliche Einstellungsmuster präventiv aufgreifen müsse, bevor sich diese zu einem konsistenten rechtsextremen Weltbild verdichten. (Roth 2010: 15)

2.3 Ursachen für rechtsextreme Einstellungen

Da in der Bundesrepublik kaum eine kontinuierlich betriebene und institutionell verankerte Rechtsextremismusforschung existiert und das Phänomen außerordentlich komplex ist, verwundert es nicht, dass es bislang keine allgemein akzeptierte Theorie des Rechtsextremismus gibt. (Jaschke 2001: 85) Unterschiedliche Deutungsansätze legen dabei auch unterschiedliche Interventionsstrategien nahe. Es ist daher sinnvoll, sich

¹ Vgl. IKG: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Was ist das? Abrufbar unter <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/menschenfeindlichkeit.html>.

mit den verschiedenen Erklärungsansätzen auseinander zu setzen, um Interventionsstrategien auf mehreren Ebenen entwickeln zu können.

Modernisierungstheoretische Ansätze führen die Entstehung rechtsextremer bzw. menschenfeindlicher Einstellungen auf die Auswirkungen von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zurück. So geht Heitmeyer davon aus, dass gesellschaftliche Modernisierung zu einem Bedeutungsverlust sozialer Milieus und damit zu gesellschaftlicher Desintegration führt. (Heitmeyer 1995: 65) Eine weitere Bezugsgröße ist die relative Deprivation, also tatsächliche oder subjektiv empfundene Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen oder Regionen. (Stöss 2007: 52) Jaschke erklärt die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit mit der subjektiv empfundenen Benachteiligung ‚Einheimischer‘ gegenüber Zugewanderten. Erstere sehen sich demzufolge in der Konkurrenz um Wohnungen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in ihren ‚natürlichen‘ Vorrechten beeinträchtigt. (Jaschke 2001: 89) Diese Ethnisierung der sozialen Beziehungen sei in Deutschland insbesondere dadurch gestärkt worden, dass GastarbeiterInnen, aber auch nachfolgende Generationen in der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft immer ‚Fremde‘ geblieben seien. (Jaschke 2001: 94)

Aktuelle Studien weisen darauf hin, dass die gesellschaftliche und politische Desintegration sowie die Angst vor sozialem und wirtschaftlichem Abstieg die Entstehung rechtsextremer bzw. menschenfeindlicher Einstellung stärker beeinflussen als die tatsächliche wirtschaftliche Situation. So betont Oliver Decker, dass in Westdeutschland die Mittelschicht deutlich stärker ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen zeigt als die so genannte Unterschicht. „Die gesellschaftliche Situation ist erheblich bedeutsamer als die individuelle wirtschaftliche Situation.“ (Decker 2010: 147) Julia Marth und Andreas Grau weisen außerdem darauf hin, dass die „Wirkung von individuellen Gefühlen starker politischer Machtlosigkeit bzw. [der] Nicht-Teilhabe an politischen Prozessen [...] nachweislich mit dem Grad individueller gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ zusammenhängt. (Marth/Grau 2010: 155)

3. Möglichkeiten und Grenzen lokaler Arbeit gegen Rechtsextremismus

Die dargestellten unterschiedlichen Erklärungsmodelle legen jeweils auch unterschiedliche Interventionsstrategien nahe. Im lokalen Kontext ist zwischen vier Handlungsfeldern zu unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Voraussetzungen und Erfolgsaussichten haben. Für eine umfassende und dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist eine enge Verzahnung aller Handlungsebenen dringend geboten. Im Folgenden sollen

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit in den unterschiedlichen Bereichen dargestellt werden.

3.1 Polizei und Justiz

Wenn RechtsextremistInnen, beispielsweise durch Demonstrationen, verstärkt den öffentlichen Raum besetzen, oder wenn rechtsextreme Gewalttaten bekannt werden, folgt häufig der Ruf nach schärferen Gesetzen. Im wissenschaftlichen Diskurs ist man sich hingegen einig, dass die bestehenden Gesetze – bei konsequenter Anwendung – genügend Handlungsmöglichkeiten für Polizei und Justiz bieten. Probleme auf dem Gebiet der staatlichen Repression sind vielmehr im Kontext der alltäglichen Arbeit zu finden. So verhindert die hohe Arbeitsbelastung der Gerichte oftmals eine zeitnahe Ahndung, die aber insbesondere im Bereich des Jugendstrafrechts sehr wichtig ist. (Lynen von Berg 2005: 34) In der Polizeiarbeit, so Roth, fehlt außerdem oftmals die notwendige Sensibilität im Umgang mit den Opfern. Diese ist im Zusammenhang mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten aber besonders wichtig, da Rechtsextremismus häufig asymmetrische Täter-Opfer-Konstellationen erzeugt. (Roth 2010: 41)

Im Bereich staatlicher Repression muss – wie in allen Handlungsfeldern – deren Begrenztheit anerkannt werden. So ist Repression immer reaktiv, hat keinen Einfluss auf rechtsextreme Gesinnungen und kann im ungünstigsten Fall sogar das Selbstverständnis der rechtsextremen Szene als „Verfolgte Widerstandskämpfer gegen das System“ (Roth 2010: 39) stärken.

Vor allem in Bezug auf die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Bremerhaven sind die Erfolgsaussichten repressiver Politik stark limitiert, da hier das vorrangige Problem die Einstellungen und das Wahlverhalten sind. Beides kann – aus guten Gründen – nicht staatlich überwacht oder gar sanktioniert werden. Umso wichtiger ist daher eine enge Verknüpfung der Repression mit präventiven Ansätzen.

3.2 Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement

Wie bereits dargestellt, sind weniger die ökonomischen Bedingungen, als vielmehr die damit häufig einhergehenden Formen politischer und sozialer Desintegration ausschlaggebend für eine rechtsextreme Orientierung. Um der Entstehung rechtsextremer Einstellungen präventiv entgegenwirken zu können, ist es daher besonders wichtig, gerade den „abgehängten“ Bevölkerungsgruppen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und politischen Mitbestimmungsrechten zu schaffen. So zählt Roth zu den Voraussetzungen für ein erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus „[e]ine offene, vielfältige und demokratische Stadt- bzw. Gemeindegkultur [sowie] aktive Mitwir-

kungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.“ (Roth 2010: 55) Neben der Politik, welche die institutionellen Rahmenbedingungen für diese Mitwirkung schaffen muss, ist insbesondere die Zivilgesellschaft in ihrer Funktion als Bindeglied zwischen BürgerInnen und Staat gefragt. Neben der Vermittlung ziviler Normen und der gesellschaftlichen Integration gehört mittlerweile auch die demokratische Mitbestimmung zu den Aufgaben der Zivilgesellschaft. (Roth 2010: 53) Allerdings werden Angebote zur politischen Teilhabe in erster Linie von Angehörigen der Mittelschicht mit hohem Bildungsniveau genutzt. Andere gesellschaftliche Gruppen mit einer höheren Affinität zu rechtsextremen Einstellungen werden hingegen kaum angesprochen. Hier gilt es, möglichst niedrigschwellige Beteiligungsformen zu schaffen, um beispielsweise bildungsferne Jugendliche zu erreichen. (Klein 2007: 21 f.)

Auch das Handlungsfeld „Zivilgesellschaft“ ist gewissen Beschränkungen unterworfen. Heinz Lynen von Berg kritisiert beispielsweise, dass die Zivilgesellschaft häufig unkritisch als „Allzweckwaffe“ gegen Rechtsextremismus wahrgenommen werde. (Lynen von Berg 2005: 35) Er betont, dass ‚mehr Zivilgesellschaft‘ nicht automatisch ‚weniger Rechtsextremismus‘ bedeute. Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse sorgen für gesellschaftliche Integration, können allerdings gesellschaftliche Ungleichheiten auch reproduzieren und sogar verfestigen. (Roth 2010: 53) Bürgerschaftliches Engagement kann in diesem Zusammenhang keinem Qualitätsmanagement unterworfen werden; es ist aber möglich, durch Beratungs- und Fortbildungsangebote für MultiplikatorInnen die Entwicklung einer ‚guten‘ Zivilgesellschaft zu fördern. Vereine sind häufig bereit und in der Lage, eigene Handlungskonzepte zu erarbeiten. (Roth 2010: 30) Solche Prozesse müssen durch staatliche Stellen vernetzt und professionell begleitet werden.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft kann Repräsentationsdefizite im Parteiensystem nicht ausgleichen. Wenn sich die BürgerInnen von den demokratischen Parteien nicht repräsentiert fühlen, kann dies nicht durch bürgerschaftliches Engagement aufgefangen werden. Hier sind die Parteien gefragt, Politikangebote an alle gesellschaftlichen Gruppen zu machen. (Lynen von Berg 2005: 36) Auch kann und soll die Zivilgesellschaft keine Staatsaufgaben übernehmen. Primärprävention im Sinne einer gerechten Verteilung materieller Ressourcen bleibt Aufgabe des Staates. (Roth 2010: 23) Stattdessen muss bürgerschaftliches Engagement von staatlicher Seite Förderung und dauerhafte Infrastruktur erhalten. Dazu gehören AnsprechpartnerInnen in Behörden sowie Anlaufstellen, welche die Abläufe kommunaler Verwaltungsprozesse kennen und Initiativen in dieser Hinsicht beraten können. (Klein 2007: 37)

3.3 Pädagogik und politische Bildung

Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen enthalten gewisse kognitive Elemente, denen mit Argumenten und Aufklärung begegnet werden kann; sie sind aber auch eng mit Selbstkonzepten und Emotionen verbunden, die durch politische Bildung nicht verändert werden können. Je höher der nicht kognitive Anteil, umso größer die Anforderungen an die Pädagogik. (Roth 2010: 15) Gerade die am stärksten gefährdeten gesellschaftlichen Gruppen, also in diesem Fall bildungsferne und sozial schlechter gestellte Jugendliche, werden durch Aufklärungsangebote oft nicht erreicht. Bildungsträger müssen daher genau abwägen, welche Zielgruppen angesprochen werden sollen. Da Lernen immer Interesse und Freiwilligkeit voraussetzt, wirken Informationsveranstaltungen und Aufklärungsformate fast nur bei bereits sensibilisierten Zielgruppen. (Lynen von Berg 2005: 38)

Angebote für Jugendliche müssen lebensweltnah und sozialräumlich ausgerichtet sein, an den Ressourcen der Jugendlichen ansetzen und diese in ihren Stärken unterstützen. Konfrontation mit dem Grauen der NS-Zeit wird kaum in der Lage sein, Jugendliche aus (ihrem Empfinden nach) attraktiven Jugendkulturen herauszulösen. Bei subjektorientierten Ansätzen geht es stattdessen darum, Erfahrungen und Lebenswelten Jugendlicher aufzuarbeiten und ihnen dadurch zu mehr Selbstreflexivität zu verhelfen. Negative Erfahrungen, beispielsweise im familiären Umfeld müssen durch positive Erfahrungen ausgeglichen werden. (Lynen von Berg 2005: 38 f.)

In der Jugendarbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus unterscheidet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zwischen vier Handlungsebenen (MBR 2006: 98 ff.):

- Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Hier kommt es insbesondere darauf an, Jugendliche und ihre Einbindung in rechtsextreme Erlebniswelten differenziert einzuschätzen, klare Normative zu formulieren und regelmäßig zu überprüfen, sowie professionelle Beziehungsarbeit zu leisten. Auf dem Gebiet der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen existiert im Land Bremen mit dem Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA) ein bundesweit als vorbildlich anerkannter Träger.
- Förderung progressiver Jugendkulturen: Diesen muss Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, sie müssen materiell gefördert und gesellschaftlich anerkannt werden.
- Partizipation von Jugendlichen ermöglichen: Jugendliche müssen ihr unmittelbares Umfeld, z.B. das Jugendfreizeitheim, mitgestalten können um den Wert von Mitbestimmung zu erlernen.

- Politische Bildung in Jugendfreizeiteinrichtungen: Jugendliche sollen ermutigt und unterstützt werden, ihre Anliegen im politischen Raum einzubringen, sich z.B. an „ihre“ Abgeordneten zu wenden, Diskussionsveranstaltungen zu organisieren und PolitikerInnen zu befragen.

Grundlage für erfolgreiche Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie ist eine qualifizierte Aus- und Fortbildung: PädagogInnen in allen Bereichen müssen rechtsextreme Orientierungen und Identifikationen sicher wahrnehmen und deuten können. (MBR 20006: 73)

3.4 Wirtschaft

Durch Privatisierung und Deregulierung hat die gesellschaftliche Rolle von privaten Wirtschaftsunternehmen in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen. Schlagwörter wie Corporate Citizenship oder Corporate Social Responsibility umschreiben das gesellschaftspolitische Engagement von Unternehmen, das sich bisher allerdings bis auf wenige Ausnahmen dem Thema Rechtsextremismus verschließt. (Roth 2010: 66) Auch in der fachwissenschaftlichen Debatte um die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit spielt das Handlungsfeld „Wirtschaft“ nur eine Nebenrolle. Roth präsentiert allerdings eine Reihe von Argumenten, mit denen Unternehmen für ein Engagement gegen Rechtsextremismus gewonnen werden können. (Roth 2010: 67) Im Folgenden sollen zwei Argumente dargestellt werden, die auf die Problemlage in Bremerhaven angewendet werden können:

- Rechtsextremismus als Standortnachteil: Fremdenfeindliche Einstellungen und eine Häufung fremdenfeindlicher Übergriffe schrecken Unternehmen mit international zusammengesetzter Belegschaft ab. Mangelnde Ausbildungs- und Beschäftigungschancen sorgen daraufhin für Abwanderung gerade jener Bevölkerungsschichten, die am ehesten gegen rechtsextreme Szenen in ihrer Heimatregion aktiv werden. Dadurch können sich rechtsextreme Szenen weiter verfestigen. Besonders Großunternehmen brauchen aber ein tolerantes gesellschaftliches Klima, um erfolgreich zu sein. Das hier beschriebene Szenario stellt zwar den Extremfall dar; doch auch Bremerhaven wird in Zukunft von einem Fachkräftemangel betroffen sein. Dass Unternehmen aufgrund eines fremdenfeindlichen Klimas aus Bremerhaven abwandern, ist sicherlich derzeit nicht der Fall. Dennoch kann festgehalten werden, dass sich die Schaffung eines Klimas von Offenheit und Toleranz positiv auf den Wirtschaftsstandort Bremerhaven auswirken kann.
- Anforderungen an interkulturelle Kompetenzen: Von modernen ArbeitnehmerInnen – insbesondere in großen und internationalen Unternehmen – wird erwartet,

dass sie mit Vielfalt umgehen und in heterogenen Gruppen arbeiten können. In einer Region, in der rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen weit verbreitet sind, können solche Kompetenzen Mangelware sein.

Unternehmen steht eine breite Palette an Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung, die vermutlich in vielen Fällen nicht bekannt sind. Hier sind MultiplikatorInnen wie Arbeitgeber- und Handwerksverbände gefragt, Unternehmen über ihre gesellschaftliche Rolle und ihre Handlungsmöglichkeiten aufzuklären.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bietet die rechtliche Grundlage für innerbetriebliche Vereinbarungen, die jede Form von Diskriminierung verbieten. Außerdem können Unternehmen auf KundInnen und GeschäftspartnerInnen einwirken, indem sie öffentlichkeitswirksame Signale setzen. Ein Beispiel dafür ist der Hauptsponsor des FC Hansa Rostock, der vom Verein ein konsequentes Vorgehen gegen Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Tendenzen in der Fankultur gefordert und mit dem Ausstieg gedroht hat. (Roth 2010: 67 f.) In der Öffentlichkeitsarbeit können Unternehmen ihren Ruf als „gute Bürger“ festigen, indem sie interkulturelle Veranstaltungen und Initiativen für Demokratie und Toleranz fördern. Wie in allen Handlungsfeldern sind auch im Bereich der Wirtschaft Erfahrungsaustausch und enge Vernetzung zwischen engagierten Akteuren zu gewährleisten. Ein beeindruckendes Beispiel für ein vernetztes Engagement von Unternehmen ist die Berliner Initiative „Servicewüste für Nazis“. (Roth 2010: 68 f.)

4. Situationsanalyse: Rechtsextremismus in Bremerhaven

4.1 Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft Bremerhavens ist geprägt von wirtschaftlichem und sozialem Strukturwandel. Die Krisen der für Bremerhaven wichtigsten Wirtschaftszweige – der Schiffbauindustrie, der Hochseefischerei und der Fischverarbeitung – sorgten in den 1980er Jahren für eine wirtschaftliche Talfahrt. Diese konnte zu Beginn der 1990er Jahre nur kurzzeitig gestoppt werden, bevor die Vulkan-Krise die Strukturschwäche weiter verstärkte und zudem der Abzug der amerikanischen Armee die Kaufkraft schwächte. (PGI 2007: 18) Allein von 1992 bis 2000 verloren 8.500 Personen in Bremerhaven ihren Arbeitsplatz. Seit einigen Jahren sinkt die Arbeitslosenquote kontinuierlich; mit einem Stand von durchschnittlich 15,4 % in 2009 belegt Bremerhaven jedoch nach wie vor einen Spitzenplatz unter den westdeutschen Kommunen. Unter den Arbeitslosen in Bremerhaven ist außerdem ein vergleichsweise hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen, also an solchen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind. (Ugurcu 2009: 95)

Abb. 2: Arbeitslosenquote für Bremerhaven

Gebiet	Arbeitslosenquote ¹⁾		
	Jahresdurchschnitt		
	2006	2007	2008
Stadt Bremerhaven			
insgesamt	22,4	20,2	18,3
Männer	23,7	20,7	18,5
Frauen	21,0	19,7	18,2

Quelle: Magistrat der Stadt Bremerhaven 2009: 24

Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel einher ging eine negative Bevölkerungsentwicklung. Nach einem enormen Schrumpfungsprozess um die Jahrtausendwende (Verlust von 12.870 Einwohnern zwischen 1993 und 2003) ist die Bevölkerungsentwicklung nach wie vor negativ, die Abwanderung hat jedoch mittlerweile deutlich geringere Ausmaße. Verbunden mit dem Einwohnerrückgang ist ein hoher Wohnungsleerstand, der in Verbindung mit einer massiven Konzentration sozialer Probleme insbesondere in den Großwohnsiedlungen Leherheide, Grünhöfe und Bürgerpark-Süd sowie teilweise in Lehe führte. (BBR 2004: 24)

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsstände der letzten 10 Jahre				
Stichtag	männlich	weiblich	insgesamt	Bevölkerungsgewinn (+)/ - verlust (-)
31.12.2000	58 834	61 496	120 330	-1 344
31.12.2001	58 440	60 808	119 248	-1 082
31.12.2002	58 221	60 364	118 585	- 663
31.12.2003	57 816	60 013	117 829	- 756
31.12.2004	57 533	59 472	117 005	- 824
31.12.2005	57 199	59 161	116 360	- 645
31.12.2006	57 163	58 796	115 959	- 401
31.12.2007	56 900	58 465	115 365	- 594
31.12.2008	56 694	57 879	114 573	- 792
31.12.2009	56 734	57 655	114 389	- 184

Quelle: Strukturdatenatlas 2010

4.2 Manifester Rechtsextremismus

4.2.1 Parteien

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) spielt für die extreme Rechte in Bremerhaven eine hervorgehobene Rolle. Während sie deutschlandweit bereits 2007 von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) als mitgliederstärkste rechtsextreme Partei abgelöst wurde, ist dies im Land Bremen (noch) nicht der Fall.² Hier verfügt die Partei über etwa 70 Mitglieder, während der NPD ca. 50 Personen angehören. (VS-Bericht Bremen 2009: 21) Die DVU gilt laut Bremer Landesamt für Verfassungsschutz als „klassische Wahlpartei“, die ihre politischen Aktivitäten fast ausschließlich auf Wahlkämpfe und –teilnahmen beschränkt. Im Gegensatz zu stärker themenorientierten Parteien kann sie auf ein relativ geringes Reservoir an Stammwählern zurückgreifen und ist daher auf öffentlichkeitswirksame und kostenintensive Wahlkämpfe angewiesen. (VS-Bericht Bremen 2009: 23)

Wie das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz feststellt, ist das Bundesland Bremen wahlkampfaktisch von außerordentlicher Bedeutung für die DVU. Diese führte schon immer ihre aufwändigsten und teuersten Wahlkämpfe in Bundesländern mit kleiner Bevölkerungszahl. Dazu kommt die Besonderheit des bremischen Wahlrechts, wonach einer Partei, die in einer der Städte im Land die Fünf-Prozent-Hürde überspringt, der Einzug in das Landesparlament sicher ist. Der Bremer Landesverband und insbesondere der Kreisverband Bremerhaven sind daher für den Bundesverband der DVU von nicht zu unterschätzender Bedeutung. (VS-Bericht Bremen 2009: 24)

Seit ihrer Gründung im Jahr 1987 konnte die DVU in Bremerhaven bei jeder Wahl zur Stadtverordnetenversammlung die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie 1991 mit 10,3%. Bei der gleichzeitig stattfindenden Bürgerschaftswahl gelang ihr zum ersten und bislang einzigen Mal der Einzug in Fraktionsstärke in ein westdeutsches Landesparlament. Die bisher letzte Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2007 bescherte der DVU mit 5,5% der Wählerstimmen drei Mandate. Zwei Abgeordnete, darunter der Fraktionsvorsitzende und Bürgerschaftsabgeordnete Siegfried Tittmann, sind mittlerweile aus der DVU ausgetreten und haben sich zur Gruppe „Protest der Bürger“ (PdB) zusammengeschlossen.

Aufgrund von Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD trat letztere ab 1987 nicht zu Landtags- und Kommunalwahlen in Bremen und Bremerhaven an. Für die extreme Rechte in Bremerhaven spielte sie daher in der Vergangenheit kaum eine Rolle. Bei der Bundestagswahl 2009, bei welcher auch im Wahlkreis „Bremen II“ (Bremerhaven

² Gesonderte Zahlen für den Kreisverband Bremerhaven liegen nicht vor.

und Bremen-Nord) beide Parteien antraten, landete die NPD mit 1,3% der Stimmen weit vor der DVU (0,4%).³ In der Stadt Bremerhaven war der Abstand zwischen den Parteien zwar kleiner, aber auch hier konnte die NPD mit 1,1% ein besseres Ergebnis als die DVU (0,6%) erzielen.⁴

Auf Bundesebene haben DVU und NPD mittlerweile ihre Fusion unter dem Namen „NPD – die Volksunion“ beschlossen. Unter diesem Namen wird die extreme Rechte auch im Jahr 2011 zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgerschaft antreten. Nach Darstellung der NPD soll die KandidatInnenliste vom bisherigen DVU-Bundesvorsitzenden Matthias Faust, der mittlerweile auch Mitglied im NPD-Bundesvorstand ist, angeführt werden. Damit soll das DVU-WählerInnenpotenzial gebunden werden. Offenbar wird die gemeinsame Liste sowohl nationalkonservative Kräfte wie Faust, aber auch VertreterInnen der radikal-militanten Szene wie den Geschäftsführer des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“, Jens Pühse, umfassen.⁵

Es kann davon ausgegangen werden, dass die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen auf das Land Bremen und insbesondere auf Bremerhaven konzentrieren dürfte. Für die NPD bietet die Seestadt die wohl einzige Möglichkeit, erstmals seit mehr als 40 Jahren in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Wie Radio Bremen meldet, hat die NPD bereits für den 1. Mai 2011 einen bundesweiten Aufmarsch in Bremen angekündigt, zu dem etwa 1.000 TeilnehmerInnen erwartet werden.⁶

Ob der Spagat zwischen bürgerlicher und militanter Rechte gelingt, ist schwer abzusehen. Einerseits kann unter Umständen ein systemfeindliches Spektrum integriert werden, dem die DVU bisher zu bürgerlich erschien. Andererseits bleibt abzuwarten, ob der Bremerhavener DVU-Kreisverband die bisher einseitige Erklärung der NPD zur Kandidatur hinnimmt, oder ob ein eigener Wahlvorschlag folgt. Sicher ist, dass der bisherige Landesvorsitzende der DVU, Rudolf Bargmann, die Fusion nicht unterstützt und mit Beginn des Jahres 2011 aus der Partei austreten wird.⁷ Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die rechtspopulistischen „Bürger in Wut“ (BiW) einen erheblichen Teil des ‚bürgerlichen‘ rechten Protestpotenzials abschöpfen können. Dies ist der Gruppierung um den ehemaligen Landesvorsitzenden der „Schill-Partei“, Jan Timke, bereits im

³ Ergebnisse abrufbar unter http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/wahlkreisergebnisse/04/wk056/.

⁴ Ergebnisse abrufbar unter <http://www.bremerhaven.de/aktuelle-wahlergebnisse/bundestag/2009/zweit/index.html>.

⁵ Vgl. NPD: NPD-Vereinigungsparteitag ist ein politisches Aufbruchssignal auch für Bremen, 11. November 2010. Abrufbar unter <http://npd.de/html/714/artikel/detail/1959/>.

⁶ Vgl. Radio Bremen: NPD plant 2011 Mai-Demonstration in Bremen, 5. November 2010. Abrufbar unter <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/politikmaikundgebungnpd100.html>.

⁷ Vgl. Bargmann ab 2011 Parteilos. Abrufbar unter <http://dvubremen.de/>.

Jahr 2007 gelungen: Mit 5,4% der Stimmen konnten die BiW drei Abgeordnete in die Stadtverordnetenversammlung entsenden. Timke vertritt die Partei außerdem in der Bremer Bürgerschaft. Die „Bürger in Wut“ können nicht als rechtsextreme Partei im engeren Sinne bezeichnet werden. Sie bezeichnen sich selbst als „wertkonservativ“ und grenzen sich deutlich vom Rechtsextremismus ab. Die Partei zeigt jedoch eine deutliche Affinität zu fremdenfeindlichen und autoritären Ideologemen. Die kulturalistisch begründete Fremdenfeindlichkeit der BiW zeigt sich in der Forderung nach „konsequente[r] Integration der bei uns auf Dauer lebenden Ausländer mit dem Ziel der Assimilation“ (BiW 2008: 19). Die „Utopie einer multikulturellen Gesellschaft“ wird abgelehnt (BiW 2008: 19).

4.2.2 Regionale Hochburgen?

In seiner Dissertation über „Die rechtsextreme DVU in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung“ macht Denis Ugurcu einige Ortsteile, insbesondere im Stadtteil Lehe, als „Hochburgen“ der DVU aus. Dabei wird deutlich, dass zwar in einigen Gebieten hohe Zustimmung für die DVU mit einem hohen AusländerInnenanteil und Arbeitslosigkeit korrespondieren. Ugurcu weist jedoch darauf hin,

dass auch Ortsteile, in denen Einfamilienhäuser das Bild prägen, in denen die Fluktuation nicht hoch ist und in denen der Ausländeranteil signifikant niedrig ist, die DVU über Jahrzehnte als wählbar erachtet wird. (Ugurcu 2009: 128)

Betrachtet man die Wahlergebnisse der DVU bei der letzten Kommunalwahl in allen Ortsteilen, zeigt sich deutlich, dass eine Fixierung auf „Problembezirke“ nicht angebracht ist: Zwar gibt es Ausreißer nach unten (2,18% in Speckenbüttel) und nach oben (10,02% im Ortsteil Goethestraße), aber mit Ausnahme der beiden genannten Bezirke bewegen sich die Ergebnisse der DVU in allen Ortsteilen zwischen 3,16 und 8,96 Prozent. Die Ergebnisse der BiW weisen ebenfalls nur geringe Schwankungen auf: Sie liegen zwischen 3,40% (Speckenbüttel, Bürgerpark) und 9,21% (Dreibergen). Hier zeigt sich also, dass auch außerhalb der rechtsextremen „Hochburgen“ im gesamten Stadtgebiet ein beträchtliches rechtsextremes WählerInnenpotenzial besteht.

Abb. 4: Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse von DVU und BiW
(Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2007)

Stadt- bzw. Ortsteil	Wahlbeteiligung	Stimmen DVU	Stimmen BiW
Weddewarden	59,45	3,16	6,32
Leherheide	51,98	5,06	4,66
Königsheide	64,7	4,64	4,78
Fehrmoor	60,75	4,35	5,54
Leherheide West	38,2	6,08	3,9
Lehe	48,91	6,29	5,64
Speckenbüttel	73,8	2,18	3,4
Eckernfeld	56,45	5,53	4,63
Twischkamp	41,61	7,59	6,29
Goethestr	35,42	10,02	6,62
Klushof	44,25	7,59	6,25
Schierholz	54,59	5,06	6,21
Buschkamp	52,03	7,32	8,23
Mitte	51,93	5,21	3,55
Mitte Süd	53,45	5,79	3,64
Mitte Nord	50,81	4,75	3,47
Geestemünde	50	5,67	5,55
G. Nord	54,75	4,97	4,36
Geestendorf	47,1	6,93	5,86
G. Süd	50,35	5,43	7,33
Bürgerpark	54,53	3,59	3,4
Grünhöfe	45,22	6,67	8,2
Schiffdorferdamm	66,12	3,89	4,04
Surheide	64,15	4,16	5,32
Wulsdorf	56,3	5	7,9
Dreibergen	49,83	5,93	9,21
Jedutenberg	61,91	4,34	6,99
Fischereihafen	24,73	8,96	5,97

Quelle: Strukturdatenatlas 2010; Eigene Zusammenstellung

4.2.3 Neonazistische Szene

Einen Kontrast zu den traditionell hohen Zustimmungsraten für rechtsextreme Parteien bildet die Tatsache, dass es abseits dieser Parteien kaum eine organisierte Neonazi-Szene in der Stadt gibt. Das bedeutet nicht, dass es keine offen auftretenden Neonazis in der Stadt gäbe. Es existiert allerdings weder eine offen auftretende „Kameradschaftsszene“ noch ein Standort der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der NPD. Auch der vierte Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen kommt zu dem Schluss, dass in Bremerhaven „bisher eine offene, rechte Jugendszene in Bremerhaven nicht entstehen“ konnte. (Senatsbericht 2008: 27)

Betrachtet man die offizielle Anzahl rechtsextremer Straftaten pro 100.00 EinwohnerInnen in 2009, liegt Bremerhaven mit einem Wert von 11,4 deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 22,9. Diese Zahlen sind sehr vorsichtig zu interpretieren, da die polizeiliche Kriminalstatistik in der Rubrik „Politisch motivierte Kriminalität“ nur solche Straftaten enthält, die zur Anzeige gebracht und von der Polizei als politisch motiviert eingeschätzt wurden. Da dies jedoch für alle Polizeilichen Kriminalstatistiken gilt und die Kriterien bundesweit einheitlich sind, ist eine gewisse Vergleichbarkeit dennoch gegeben.

<i>Abb. 5: „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ in Bremerhaven</i>			
	2007	2008	2009
Fallzahlen insgesamt	19	13	13
Davon extremistisch	18	12	13
Gewaltdelikte	1	0	0
Propagandadelikte	15	10	19

4.3 Einstellungspotenziale

Bisher liegen keine Studien über rechtsextreme Einstellungspotenziale in Bremerhaven vor. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen und die hohen Zustimmungsraten für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien geben jedoch Anlass zu der Hypothese, dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Bremerhaven zumindest nicht unter dem westdeutschen Mittel liegt. Die Zahlen, die aus bundesweiten Untersuchungen hervorgehen, zeigen, dass rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung weitaus verbreiteter sind als die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien vermuten lassen. Zu erwähnen sind hier die „Mitte“-Studien von Decker sowie die Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, auf die bereits hingewiesen wurde.⁸

⁸ Die aktuellen Zahlen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finden sich im Anhang.

Abb 6: Rechtsextreme Einstellungen 2010

	Gesamt (N=2.411)	West (N = 1.907)	Ost (N = 504)
Befürwortung Diktatur	5,1	4,6	6,8
Chauvinismus	19,3	19,6	19,8
Ausländerfeindlichkeit**	24,7	21,9	35
Antisemitismus	9,7	9	7,7
Sozialdarwinismus**	4	3,4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	3,3	3,7	1,8

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson¹⁶, **< ,01; *< ,05.

Quelle: Decker et al. 2010: 82

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich grundsätzlich, eine Erhebung von Mentalitätsdaten für Bremerhaven auf wissenschaftlicher Grundlage durchzuführen. Auf der Basis solcher Daten können mögliche Ansatzpunkte für Gegenstrategien wesentlich genauer als bisher identifiziert werden. Die Beschäftigung mit Einstellungsdimensionen lenkt auch den Blick auf gesellschaftliche Gruppen, die bei einer Fixierung auf sichtbare Formen rechtsextremen Verhaltens schnell übersehen werden. So finden sich rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen keineswegs überwiegend oder gar exklusiv bei jungen Männern, die – beispielsweise als fremdenfeindliche Gewalttäter – besondere Aufmerksamkeit erfahren. (Roth 2010: 16) So verweist Decker darauf, dass rechtsextreme Einstellungen mit dem Alter eher zunehmen, und dass es kaum signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. (Decker et al. 2010: 142 f.)

5. Akteurs- und Ressourcenanalyse

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gibt es auch in Bremerhaven nicht erst seit gestern. Es existieren daher bereits Netzwerke und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich – teils unter Beteiligung von Politik und Verwaltung – gezielt mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinandersetzen. Auch eine Zivilgesellschaft, die Toleranz und demokratisches Bewusstsein vermitteln und festigen kann, ist in unterschiedlichsten Formen vorhanden. An dieser Stelle können nicht alle relevanten Maßnahmen, Akteure und Netzwerke in Bremerhaven vorgestellt werden – ein vielseitiges Engagement unterschiedlichster Gruppen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist aber vorhanden. Eine Aufstellung der bereits aktiven und

möglichen Akteure für eine stetige und koordinierte Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz und Demokratie (Stand Dezember 2010) findet sich im Anhang. Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele die Bandbreite des bereits bestehenden Engagements für Demokratie und gegen Rechtsextremismus von Seiten der Politik, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft aufgezeigt werden.

5.1 Bürgerbeteiligung: Stadtteilkonferenzen und „WiN“-Programm

Mitte der 1990er Jahre entstanden in Bremerhaven die Stadtteilkonferenzen als basisdemokratisches Element der Lokalpolitik. Als nicht-institutionalisierte Netzwerke von Bürgerinitiativen, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Einzelpersonen stehen sie für direkte Bürgerbeteiligung vor Ort. Sie halten regelmäßige Versammlungen ab (je nach Stadtteil monatlich bis vierteljährlich) und wählen aus ihrer Mitte jeweils drei SprecherInnen mit einer Amtszeit von bis zu zwei Jahren. Diese sind zuständig für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Konferenzen. Sie sehen sich in der Rolle der Interessenvertreter aller im Stadtteil lebender Bewohnerinnen und Bewohner. In den Versammlungen und gegenüber der lokalen Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung vertreten sie die Interessen des Stadtteils überparteilich und unabhängig.

Die Stadtteilkonferenzen haben für das Zustandekommen kommunalpolitischer Entscheidungen keine konstitutionell begründete Wirkung: ihre Beschlüsse sind für die Stadtverwaltung nicht bindend und sie können keine Themen auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung setzen. Jedoch dienen sie der Information der BürgerInnen im Stadtteil sowie der Anregung und der Kontrolle von lokalpolitischen Angelegenheiten. Stadtverordnete, Magistratsmitglieder, Fachleute aus der Verwaltung und Vertreter aus der Wirtschaft (Vertreter von städtischen Gesellschaften und/oder private Investoren) nehmen themenspezifisch an diesen Konferenzen teil oder werden von den Sprechern der Konferenzen zu bestimmten Themen eingeladen. Der Oberbürgermeister oder andere Dezernenten, Stadtverordnete und Fachexperten aus der Verwaltung berichten über wichtige öffentliche Angelegenheiten, welche die Stadt insgesamt oder aber den jeweiligen Stadtteil betreffen. Bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Stadt werden die Bewohnerinnen und Bewohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen informiert. Bei umstrittenen stadt(teil)politischen Angelegenheiten werden Alternativen gemeinsam erarbeitet und Lösungsvorschläge in die kommunale Öffentlichkeit transportiert. Zudem erfolgt vorausschauend die aktive Setzung von Themen auf die kommunalpolitische Agenda. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat 1993 beschlossen, die Stadtteilkonferenzen in kommunalpolitische Entscheidungen einzubeziehen.

Das Kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), das in der Stadtgemeinde Bremen seit 1998 besteht, wird seit 2009 auch in Bremerhaven umgesetzt. Ziel von WiN ist es, „das Leben und Arbeiten in den Stadtteilen zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.“⁹ Die Stadt ist in vier „WiN-Bezirke“ aufgeteilt, in denen Projekte in den Bereichen Stadtentwicklung, Arbeitsmarkt und Soziales, Jugend, Kultur, Umweltschutz und Sport aus kommunalen Mitteln gefördert werden. Über die Vergabe der Mittel entscheiden die BürgerInnen selbst. Dafür werden auf BürgerInnenversammlungen Vergabeausschüsse gewählt.

Angesichts des festgestellten Zusammenhangs zwischen rechtsextremen Einstellungen und dem Gefühl politischer Einflusslosigkeit bieten die Stadtteilkonferenzen und auch die Vergabeausschüsse für die WiN-Mittel gute Rahmenbedingungen um politischer Desintegration vorzubeugen. Es existieren damit relativ niedrigschwellige Möglichkeiten der politischen Partizipation abseits der Parteien. Es ist aber zu beachten, dass Elemente direkter Bürgerbeteiligung insbesondere von der gebildeten Mittelschicht genutzt werden und auch hier die Gefahr der (Selbst-) Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen besteht.

5.2 Netzwerke

5.2.1 Präventionsrat

Der Präventionsrat Bremerhaven wurde im Jahr 1992 als Netzwerk zur Kriminalprävention in Bremerhaven gegründet und in der Mitgliedschaft sukzessive mit unterschiedlichen Trägern und Institutionen ergänzt. Die Geschäftsführung des Gremiums wird von der Polizei Bremerhaven wahrgenommen, der Rat tagt in einem vierteljährlichen Turnus. Ziel des Präventionsrates ist die „Förderung der Zusammenarbeit aller mit Kriminal- und Verkehrsprävention befassten Institutionen sowie gesellschaftlichen Gruppen wie Verwaltung, Polizei und Justiz, Verbände, freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit, Kirche, karitative und konfessionelle Organisationen und Vereine zur Unterstützung der interdisziplinären Arbeit auf dem Gebiet der Prävention.“¹⁰ Der Präventionsrat initiiert und unterstützt zu diesem Zweck Modellprojekte beispielsweise in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendfreizeit sowie der Schul-, Ausbildungs-, Familien-, Wohn-, Städtebau-, Frauen-, Kultur- und Migrationspolitik. So startete der Präventionsrat im Jahr 2000 die

⁹ Vgl. http://www.afznet.de/index.php?article_id=186.

¹⁰ Vgl. <http://www.bremerhaven.de/buergerservice/buergereinformatio/praeventionsrat/ziele-des-praeventionsrates.25093.html>.

Kampagne „Mut gegen Gewalt“ (s.u.). 2006 wurde aus dem Präventionsrat heraus der Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Bremerhaven gegründet um eine Finanzierung abgestimmter Projekte und Maßnahmen zu gewährleisten.

5.2.2 Mut gegen Gewalt

Das Projekt „Mut gegen Gewalt“ wurde im Jahr 2000 als Netzwerk zur Förderung von Toleranz und Zivilcourage von der Polizei, dem Stadtplanungsamt und dem Amt für Jugend, Familie und Frauen initiiert. Bis zum Ende der Förderung im Jahr 2006 konnten mehr als 40 Einzelprojekte über EU- und Landesfördermittel unterstützt werden. Dazu gehören Projekte wie „Eltern gegen Gewalt“, Theaterstücke oder ein Mädchenprojekt zum Thema Internet. Der Präventionsrat erhielt hierfür im Jahr 2004 den Deutschen Präventionspreis. Das Planungsteam, das eine professionelle und strategisch ausgerichtete Umsetzung der Projekte gewährleistete, bestand aus Mitgliedern der Ortschaftsbehörde, dem Stadtplanungsamt und dem Dienstleistungszentrum Grünhöfe.

5.2.3 Wir in Bremerhaven

Im Jahr 2006 wurde die Initiative „Wir in Bremerhaven - für Respekt, Toleranz und Demokratie“ gegründet, deren Federführung bei der Volkshochschule und der Landeszentrale für politische Bildung liegt und die eine große Zahl an Organisationen und Einzelpersonen zusammenfasst. Durch die Verwendung desselben Logos stellt sich „Wir in Bremerhaven“ implizit in den Kontext von „Mut gegen Gewalt“, ist jedoch inhaltlich und organisatorisch nicht damit verbunden. Über die sehr enge Vernetzung unterschiedlicher Akteure werden verschiedene Projekte gemeinsam entwickelt und umgesetzt; darüber hinaus konnte dadurch der Informationsaustausch erheblich verbessert werden. Die direkte Einbindung von verschiedenen Institutionen fördert besonders die gute Zusammenarbeit mit Schulen, Polizei und Behörden.

Gemeinsam setzen sie sich mit Diskriminierung und allen Formen der Gewalt auseinander. Getreu dem Motto „hinschauen und einmischen“ konnten auch vielfach zivilgesellschaftliche Akteure für die Arbeit gewonnen werden. Seit der Gründung Ende 2006 haben die Mitglieder über 80 Informations- und Bildungsveranstaltungen (wie Vorträge/Diskussionen, Fachtagung, Multiplikatorenschulungen/Trainings, Ausstellungen, Lesungen, Demonstration, Konzerte, Jugendbegegnungen, Gedenkveranstaltungen, Fernsehbeiträge u.a.) zur Auseinandersetzung mit Respekt, Toleranz und Demokratie und den Herausforderungen an diese angeboten. Im Jahr 2010 thematisierten die „Novemberveranstaltungen“ den Schwerpunkt Rechtsextremismus, unter anderem mit einer Ausstellung mit dem Titel „Demokratie stärken – Rechtsextremismus

bekämpfen“, Aufklärung über aktuelle Strategien der extremen Rechten sowie Ideen und Anregungen zur Zivilcourage für SchülerInnen und Lehrkräfte.

Mit Blick auf die bereits dargestellte Herausforderung, relevante Akteure zu vernetzen, zielgruppen- und stadtteilorientiert zu arbeiten und auch für zivilgesellschaftliches Handeln einen professionellen Rahmen bereitzustellen, ist das Projekt „Wir in Bremerhaven“ als vorbildlich zu bezeichnen.

5.2.4 Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“

Eine Scharnierfunktion zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft nimmt auch das landesweite Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ ein, das seit 2008 bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales angesiedelt ist und mit zahlreichen PartnerInnen aus Ämtern, Behörden und Zivilgesellschaft kooperiert. Gefördert wird das Netzwerk durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Das Netzwerk bildet in der Stadt Bremen als Interventionsprogramm eine Ergänzung zum präventiv angelegten Lokalen Aktionsplan. Als landesweites Angebot ist „pro aktiv“ aber auch in der Kommune Bremerhaven präsent.

Von Juni 2008 bis Ende Juni 2010 war der Verein für Freizeitgestaltung Träger des Beratungsnetzwerks „pro aktiv gegen rechts“, wobei in dieser Zeit an zwei bis drei Tagen pro Woche Beratungstermine in Bremerhaven angeboten wurden. Während dieser Zeit arbeitete der für Bremerhaven zuständige Mitarbeiter aktiv bei den Initiativen AG „Vielfalt“, Mut gegen Gewalt sowie dem Bremerhavener Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer mit und vernetzte seine Arbeit mit der Außenstelle Bremerhaven der Landeszentrale für politische Bildung sowie Bremerhavener Schulen. Seit Juli 2010 ist der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA) e.V. für „pro aktiv“ zuständig, wobei nur mehr eine halbe Stelle in der Bremer Beratungsstelle für Bremerhaven zuständig ist. An die Beratungsstelle können sich Institutionen und Einzelpersonen bei Bedarf wenden. Hier erhalten sie Beratung und erste Unterstützung im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Um schneller als bisher, strategischer und auf unterschiedlichen Arbeitsebenen zugleich auf Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund zu reagieren, ist „pro aktiv“ außerdem um die Vernetzung der bereits aktiven Institutionen und AkteurInnen im Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bemüht. Zu den PartnerInnen des Beratungsnetzwerkes gehören Schlüsselpersonen aus den betroffenen Ressorts und der öffentlichen Verwaltung, aus dem Bereich der Inneren Sicherheit, den Schulen, der Jugend- und Sozialarbeit, aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, den Wohlfahrtsverbänden, der Wissenschaft, den Medien sowie Kirchen- und Religionsgemeinschaften. Die Netzwerkpartner leisten als

Mobile Interventionsteams Hilfestellung und unterstützen die von rechtsextremistischen Übergriffen und Aktivitäten Betroffenen vor Ort. Sie tun dies anhand vorab festgelegter Interventionsstrategien, die auf konkrete Bedarfe abgestimmt und zeitlich befristet sind.

5.3 Gewerkschaftliches Engagement: Die AG „Vielfalt“

Die „AG Vielfalt“ des DGB Bremerhaven setzt sich ebenfalls seit Jahren kontinuierlich mit Rechtsextremismus in der Seestadt auseinander. Anlass für die Gründung im Jahr 2006 war die Ankündigung der NPD, in Bremen und Bremerhaven Kundgebungen und Demonstrationen durchzuführen. Die AG setzt sich aus engagierten GewerkschafterInnen zusammen mit dem Anspruch, gegen Rechtsextremismus in den Gewerkschaften zu arbeiten. Sie will sich dabei nicht nur gegen die organisierte extreme Rechte wenden, sondern sich für die Weiterentwicklung einer pluralistischen und demokratischen Kultur in Bremerhaven engagieren.

Mitglieder der AG Vielfalt repräsentieren zum Teil auch andere Institutionen wie den Bürgerverein Lehe, die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben, die Interkulturelle Gesprächsrunde Bremerhaven oder die Volkshochschule. Zu den Aktivitäten gehören regelmäßige Seminare, um Bestandsaufnahmen und gewerkschaftliche Gegenstrategien in Bezug auf Rechtsextremismus zu erarbeiten, Informationsveranstaltungen, regelmäßige Vernetzungstreffen und die Zusammenarbeit mit „Mut gegen Gewalt“, beispielsweise im Rahmen der Novemberversammlungen. Im Jahr 2007 war die AG Vielfalt außerdem maßgeblich an den Protestaktivitäten gegen eine Großveranstaltung der DVU beteiligt. Das Bemühen um eine bessere Vernetzung und Koordinierung des Engagements gegen Rechtsextremismus wurde auch deutlich an dem Versuch, beim Magistrat die Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle „Vielfalt“ in Bremerhaven zu erreichen.

5.4 Engagement im Jugendbereich

Der Stadtjugendring Bremerhaven ist der Dachverband für über zwanzig Jugendverbände, Initiativen sowie Jugendorganisationen der politischen Parteien in Bremerhaven. Schwerpunkte der Arbeit sind internationale Begegnungen, Fortbildungen für ehrenamtliche Jugendgruppenleiter, Projekte mit dem Schwerpunkt Antirassismus und die Mitarbeit in den politischen Jugendgremien.

Es existiert im Jugendbereich in Bremerhaven ein breites Spektrum an vorpolitischen Verbänden und Jugendgruppen wie dem Kreissportbund, unterschiedlichen PfadfinderInnen-Gruppen oder der evangelischen Jugend. Darüber hinaus engagieren sich auch explizit politische Gruppen im Jugendbereich. Beispielhaft seien hier die

Jusos und die Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken genannt, die bereits seit 2004 jährlich im Weserstrandbad das Festival „Bunt statt Braun“ veranstalten. Ziel des Festivals ist es, für ein friedliches, weltoffenes und tolerantes Bremerhaven zu werben und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Die Falken, die das politische Engagement „gegen rechts“ zu ihren Hauptanliegen zählen, bieten außerdem in Zusammenarbeit mit der VHS Bremerhaven eine antifaschistische Stadtrundfahrt an und organisieren Veranstaltungen zur politischen Jugendbildung.

5.5 Politische Bildung

5.5.1 Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.

Mit Arbeit und Leben Bremerhaven wurde 1974 eine Bildungseinrichtung ins Leben gerufen, die in der Tradition der Arbeiterbildung Weiterbildung anbietet, um die Stellung der abhängig Beschäftigten in Gesellschaft und Beruf zu verbessern. Die Einrichtung wird getragen vom Deutschen Gewerkschaftsbund Region Bremen-Elbe-Weser und dem Magistrat der Seestadt Bremerhaven. Die Veranstaltungen von Arbeit und Leben richten sich in erster Linie an ArbeitnehmerInnen, stehen aber allen Personen offen. Menschen sollen dabei unterstützt werden, ihr politisches Verständnis zu vertiefen und zu erweitern. Ihrer Selbstbeschreibung nach will die Bildungsgemeinschaft „dazu anregen, sich in gesellschaftliche Prozesse einzumischen und diese aktiv mit zu gestalten.“

Arbeit und Leben Bremerhaven fördert durch die politische Bildungsarbeit nicht nur die Vernetzung zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, betrieblichen und außerbetrieblichen Funktionsträgern, sondern auch die mit sozialen Bewegungen und ist in diesem Zusammenhang an verschiedenen Projekten und Kooperationen, insbesondere im Jugend- und MigrantInnenbereich beteiligt. Zusätzlich sollen erwerbslose Frauen und Männer, die für Gewerkschaften und andere Großorganisationen nur noch schwer erreichbar sind, über die Vernetzungsstrukturen von Arbeit und Leben angesprochen werden.

Mit zahlreichen Projekten und Bildungsangeboten leistet Arbeit und Leben einen Beitrag zur Aufklärung über rechtsextreme Tendenzen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt „Anschluss statt Ausschluss“, das von Arbeit und Leben im Rahmen der aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Gemeinschaftsinitiative EQUAL entwickelt wurde. Mit EQUAL sollen neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von zugewanderten Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt erprobt werden. Das Projekt „Anschluss statt Ausschluss“ will AusbildungsplatzbewerberInnen mit Migrationshintergrund den

Einstieg in die Berufsausbildung erleichtern. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern aus Gewerkschaften, Interessensvertretungen sowie Unternehmensverbänden werden betriebliche und überbetriebliche Prozesse initiiert, die zu sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen führen: Einstellungsprozesse sollen gerechter und transparenter gestaltet werden und den ausländischen BewerberInnen ermöglichen, auch eigene Kompetenzen in das Verfahren einzubringen. So soll eine umfangreichere Beteiligung von ausländischen Jugendlichen an betrieblicher Ausbildung ermöglicht werden.

Einen klaren Bezug zum Problemkomplex „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ stellt auch das Weiterbildungsangebot „Politische Bildung für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ dar, das in den Jahren 2005 bis 2007 im Rahmen der Schwerpunktförderung gemäß § 6.2 Weiterbildungsgesetz von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft gefördert wurde. Themen der Seminare waren unter anderem die Bremer Häfen im Faschismus, rechtsextreme Sozialpolitik oder der Umgang mit rechtsradikalen Äußerungen und Positionen im Arbeitsalltag.

5.5.2 Volkshochschule Bremerhaven

Die Volkshochschule Bremerhaven wurde 1947 gegründet. Sie erfüllt als öffentlich kontrollierte, gemeinnützige Bildungseinrichtung der Stadt Bremerhaven den in der Verfassung des Landes Bremen verankerten Bildungsauftrag und ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie versteht sich als Lernort, Qualifizierungszentrum, Ort der Begegnung, Bürgerforum und Kulturzentrum. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zu Erhalt und Entwicklung der Demokratie. Die Aufgabe der VHS besteht darin, Lernen für Menschen jeden Alters zu initiieren und zu gestalten. Neben beruflichen Fertigkeiten vermittelt die VHS den Menschen der Region Möglichkeiten, ihre Persönlichkeit zu entfalten sowie die Fähigkeit, sich in ihrem sozialen Umfeld zurechtzufinden und gesellschaftliche Veränderungsprozesse nachvollziehen und verstehen zu können.

Neben den regelmäßigen Angeboten in der Erwachsenenbildung ist die Volkshochschule Bremerhaven gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung für die Initiative „Wir in Bremerhaven“ (s.o.) verantwortlich. Auch an den „Novemberveranstaltungen“ ist die VHS maßgeblich beteiligt.

5.5.3 Landeszentrale für politische Bildung

Die Bremerhavener Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung (LzpB) ist ebenfalls ein maßgeblicher und seit vielen Jahren aktiver Akteur in der Rechtsextremismus-Prävention. Als Bildungseinrichtung des Landes Bremen hat sie den Auftrag überparteilich Bürgerinnen und Bürger zum kritischen Mitdenken

anzuregen und sie für das Eintreten für die demokratische Gesellschaft zu aktivieren. Sie will für die freiheitliche Demokratie werben, indem sie über ihre Grundwerte (Frieden, Freiheit, Toleranz und Solidarität), über allgemein interessierende gesellschaftspolitische Fragen sowie über die Bundes- und Landespolitik informiert. Ziel dieser Arbeit ist es, die Bildung eines demokratischen Bewusstseins zu unterstützen, so dass die und der Einzelne einen eigenen Standpunkt (auch bei kontroversen Positionen) entwickeln und vertreten können. Mitwirkung durch bürgerschaftliches Engagement in demokratischen Institutionen und Aktivitäten oder Zivilcourage gegen Gewalt und Extremismus kennzeichnen diese demokratischen Kompetenzen. Die Bildungsarbeit beinhaltet ausdrücklich auch die Aufklärung über Nationalsozialismus, Antisemitismus und Gewalt.

Die Landeszentrale sieht sich als Partnerin örtlicher Einrichtungen, Projekte und Initiativen, die sich mit politischer Bildung beschäftigen. Sie ermöglicht und stärkt die Aktivitäten durch inhaltliche Begleitung und Kooperationen.

5.6 Bisherige Maßnahmen der Stadtgemeinde Bremerhaven

5.6.1 Schulen und Schulumt

Das Lehrerfortbildungsinstitut beteiligt sich an den jährlichen „Novemberveranstaltungen“ der Initiative „Wir in Bremerhaven“ und bietet in diesem Zusammenhang regelmäßig Veranstaltungen für SchülerInnen der SEK I und SEK II zu den Themen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an. Darüber hinaus engagieren sich viele Bremerhavener Schulen eigenständig oder greifen mit Kooperationspartnern diese Thematik im Unterricht auf. So organisiert die Fritz-Reuter-Schule jährlich gemeinsam mit dem Dienstleistungszentrum Grünhöfe Gewaltpräventionstage unter dem Motto „Fass mich nicht an!“, bei denen SchülerInnen ein selbstbewusstes Auftreten gegen Gewalt nahe gebracht wird.

Ein weiteres beachtenswertes Projekt verfolgt die Kaufmännische Lehranstalt Bremerhaven (KLA), die als Berufsschule seit 2007 den Status einer „Unesco-Projekt-Schule“ innehat. Aus einem erfolgreichen Bundes-Modellversuch zur Internationalisierung berufsbildender Schulen (IBIS) - der von den KLA ausging - werden als Ergebnis im dualen System des Landes Bremen seit 1999 neue Schlüsselqualifikationen zum innovativen Erlernen von Fremdsprachen und der inter- und transkulturellen Bildung in Wahlpflichtfächern vermittelt. Außerdem hat die KLA mit Partnern in Florenz und Lissabon im Zuge von EU-Modellversuchen Kommunikationsmodelle für eine antirassistische Erziehung entwickelt, die in der Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort starke Beachtung gefunden haben. Das

letzte EU-Modell "EINE SCHULE FÜR ALLE", mit Partnern in Ungarn, Portugal und Italien, wurde von der EU mit "sehr gut" bewertet.

5.6.2 Aktivitäten des Amtes für Jugend, Familie und Frauen

Eigenen Angaben zufolge sieht das Amt die Förderung von Toleranz und Gewaltfreiheit als Querschnittsaufgabe der Jugendarbeit. Es habe „festgestellt, dass für die Schaffung eines entsprechenden Anregungsmilieus und vor dem besonderen Hintergrund der freiwilligen Teilnahme ihrer Adressaten die kontinuierliche Bereitstellung ausreichender finanzieller, personeller und räumlicher Ressourcen benötigt wird, um einen prägenden Einfluss auf die in der Entwicklung befindlichen jungen Menschen auch als gesamtgesellschaftlichen Auftrag umsetzen zu können.“ (Senatsbericht 2008: 27)

Die Stadt Bremerhaven betreibt als öffentlicher Träger der Jugendhilfe sechs städtische Jugend- und Freizeiteinrichtungen, einen pädagogisch betreuten Spielpark, eine städtische Jugendherberge außerhalb Bremerhavens, eine mobile Spielbetreuung, ein Circusmobil und eine mobile Bühne für Musikdarbietungen u. ä. bei öffentlichen Veranstaltungen. Die städtische Jugendarbeit ist der Annahme verpflichtet, dass Jugendliche sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen sollen und das Recht haben, gegenüber den Werten der bestehenden Gesellschaft kritisch zu sein. Darum ist es das Ziel, dass insbesondere Jugendliche, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind, Akzeptanz und vertrauensvolle Ansprechpartner in der Jugendarbeit finden. Dem eigenen Selbstverständnis nach ermöglichen die städtischen Freizeiteinrichtungen Freiräume in einem Abstimmungsprozess zwischen NutzerInnen und PädagogInnen auf der Grundlage von Freiwilligkeit, Kooperation, Teilhabe und Ergebnis- und Prozessoffenheit.

Über das Sachgebiet „Straßensozialarbeit“ hält das Amt für Jugend und Familie Kontakt zu auffälligen und anfälligen Cliques Jugendlicher im Stadtgebiet und ist Kooperationspartner im Beratungsnetzwerk von „pro aktiv“. Die Arbeit der Streetworker ist dem Ziel verpflichtet, soziale Ausgrenzung zu verhindern und Jugendliche bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen. Über diese aufsuchende Arbeit hinaus werden Aktivitäten und Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Diensten, Einrichtungen sowie freien Trägern der Jugendhilfe organisiert.

Die in Bremerhaven von der Abteilung Jugendförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen geförderten Jugendorganisationen haben sich in der Regel in ihren Satzungen die Selbstverpflichtung zur demokratischen Staatsform, Ausrichtung gegen Rassismus und dem Willen zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und internationaler Solidarität auferlegt. Darüber hinaus erhalten Jugend- und Sportorganisationen

Unterstützung durch Bereitstellung von Zelt- und Lagermaterial. Drei Trägern der freien Jugendhilfe werden außerdem für ihre Angebote im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung hauptamtliche Jugendbildungsreferenten finanziert.

5.6.3 Kulturamt: Kulturläden Grünhöfe und Wulsdorf

Das Kulturamt Bremerhaven betreibt zwei „Kulturläden“ in Grünhöfe und Wulsdorf. Ziel ist die „Animation und Beteiligung der (Stadtteil-)Bewohner im Hinblick auf kulturelle Projekte und Veranstaltungen“¹¹. Die Kulturläden bieten Veranstaltungen in allen kulturellen Sparten an und bieten auch Raum für Eigeninitiative. Außerdem kooperieren sie mit anderen Trägern. So organisiert beispielsweise der Kulturladen Wulsdorf die Seniorentheatergruppe „Die tollen Ollen“ in Kooperation mit dem Wulsdorper Seniorenhus, veranstaltet gemeinsam mit dem Gartenbauamt und dem Weidenschloss e.V. Aktivitäten im Speckenbütteler Park und organisiert mit der Stadtteilkonferenz Lehe das Stadtparkfest.

Die stadtteilbezogene Kulturarbeit kann einen wichtigen Beitrag zur Prävention von sozialer Desintegration leisten und damit die Entstehung rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen verhindern.

5.7 Einschätzung der bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten

Insbesondere im Bereich Zivilgesellschaft zeigen sich in Bremerhaven gute Voraussetzungen für ein nachhaltiges und erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Zahlreiche Akteure sind auf diesem Gebiet bereits aktiv. Die Aktivitäten umfassen das Engagement antifaschistischer Jugendgruppen, die Förderung von Zivilcourage, politische Bildung sowie Angebote zur politischen und kulturellen Teilhabe. Mit dem Präventionsrat, „pro aktiv gegen rechts“ und „Wir in Bremerhaven“ existieren bereits drei Netzwerke, die den Austausch und die professionelle Beratung zivilgesellschaftlicher Akteure gewährleisten. Auch die AG Vielfalt trägt als gewerkschaftliche Organisation zur Vernetzung des Engagements bei. Die Beteiligung der Polizei durch den Präventionsrat ist ebenso zu begrüßen wie die Zusammenarbeit des Amtes für Jugend, Familie und Frauen mit dem landesweiten Beratungsnetzwerk. Die Verantwortlichen in den kommunalen Ämtern für Jugend und für Kultur nehmen eigenen Angaben zufolge die Prävention rechtsextremer Einstellungen und die Förderung von Toleranz und Zivilcourage als Querschnittsaufgabe wahr.

¹¹ Vgl. Informationen zum Kulturladen Grünhöfe. Abrufbar unter: <http://www.bremerhaven.de/buergerservice/aemter-einrichtungen/stadtverwaltung/kulturamt/informationen-zum-kulturladen-gruenhoeefe.9959.html>.

6. Schlussbetrachtung

Die Situation in Bremerhaven zeigt auf besonders deutliche Weise, dass es sich bei Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht um ein Problem der inneren Sicherheit oder der Jugendarbeit handelt, sondern um ein Problem von Einstellungen und Mentalitäten. Zwar ist es durchaus positiv zu vermerken, dass eine offene rechtsextreme Szene nur in Ansätzen vorhanden ist und dass rechtsextremer Lifestyle offenbar nicht die dominante jugendliche Subkultur in Bremerhaven darstellt. Es kann aber eine weite Verbreitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen in allen sozialen Schichten und allen Stadtteilen angenommen werden.

Auf der anderen Seite bieten sich gute Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus. Möglichkeiten stadtteilbezogener politischer Partizipation und kulturelle Angebote sind vorhanden. Es sollten allerdings Strategien entwickelt werden, um diese noch attraktiver für von Desintegration bedrohte Bevölkerungsschichten zu machen. Auf dem Feld der politischen Bildung arbeiten zahlreiche Akteure explizit zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Dabei werden unterschiedlichste Zielgruppen angesprochen und die Bildungsträger leisten intensive Netzwerkarbeit.

Auch in der Zivilgesellschaft existiert bereits eine Vielzahl an Akteuren, die für das Problem sensibilisiert und aktiv an der Arbeit gegen Rechtsextremismus beteiligt sind. Sie sind ebenfalls zum Teil bereits gut vernetzt und können eine gewisse Professionalität und Kontinuität bieten. Allerdings fällt auf, dass offenbar mehrere Netzwerke nebeneinander existieren, ohne konkreten Bezug zueinander zu nehmen. Hier ist eine zielorientierte Koordination angeraten, um wirklich alle Akteure an einen Tisch zu bekommen und Synergieeffekte zu erzielen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Untersuchung sollen zum Abschluss einige Empfehlungen für die Entwicklung einer integrierten Strategie gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven gegeben werden. Diese können und sollen in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren konkretisiert werden.

- Es kann eine weite Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in allen sozialen Schichten in Bremerhaven angenommen werden. Diese Annahme muss durch empirische Untersuchungen wissenschaftlich überprüft werden.
- Angesichts der geschilderten Problemlage in Bremerhaven ist es hier besonders wichtig, den Blick auf alle Bevölkerungsgruppen und auf das gesamte Stadtgebiet zu lenken.
- Der Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen kann am Besten entgegen gewirkt werden, indem die gesamte Bevölkerung in politische Prozesse einbezogen wird. Vor allem Jugendlichen müssen in Form konkreter stadtteilbezogener Projekte niedrighschwellige Beteiligungsformen angeboten

werden, die in ihrer unmittelbaren Umgebung und bei ihren individuellen Problemlagen ansetzen.

- Unterschiedliche Ebenen (z.B. Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und Engagement von antifaschistischen Gruppen und Bündnissen) müssen einander ergänzen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dazu gehört auch die Vermeidung von Parallelstrukturen. Jugendarbeit, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen auf Augenhöhe miteinander kooperieren.
- Es sollte – möglichst Institutionen übergreifend – ein demokratischer und menschenrechtsorientierter Minimalkonsens erarbeitet werden, der für alle Beteiligten handlungsleitend sein soll. Ämter und Behörden, aber auch Träger der Jugendarbeit und zivilgesellschaftliche Akteure, sollen sich ein gemeinsames demokratisches Leitbild geben.
- Ehrenamtliches Engagement, insbesondere im Jugendbereich, muss seiner gesellschaftlichen Wichtigkeit entsprechend anerkannt und gefördert werden. Dazu gehört auch ein qualifiziertes Aus- und Weiterbildungsangebot für JugendgruppenleiterInnen, TrainerInnen etc., um rechtsextremen und fremdenfeindlichen Tendenzen in Vereinen und Jugendgruppen entgegen wirken zu können.
- Erwerbsarbeit ist neben Bildung die wichtigste gesellschaftliche Integrationsquelle. Darum müssen Initiativen aus der Wirtschaft stärker in den Mittelpunkt integrierter Handlungsstrategien gerückt werden.
- Genauso wie es kein allgemeines Patentrezept für den kommunalen Umgang mit Rechtsextremismus gibt, kann auch nicht „das eine“ Konzept für die Kommune entwickelt werden, das für alle Zeit gültig ist. Erfahrungen müssen stets öffentlich und kontrovers diskutiert werden, damit das Programm laufend angepasst und verbessert werden kann.

Literatur

Decker, Oliver u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm (1995): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden.

Klein, Ludger (2007): Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin.

Lynen von Berg, Heinz (2005): Keine Patentrezepte. Kritische Bilanz zu pädagogischen, institutionellen und gesellschaftlichen Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt. In: Koordinierungsstelle des Projektes Ausstiegshilfen Rechtsextremismus (Hg.): Die Legende vom Patentrezept im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Wetzlar.

Marth, Julia/Grau, Andreas (2010): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum: Zur Rolle der politischen Kultur. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3/2020, S. 153-156.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention bei Jugendlichen. Berlin.

Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Berlin.

Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ugurcu, Denis (2009): Die rechtsextreme DVU in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Zwischen Anspruch in Wirklichkeit. Bremen.

Quellen

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Stadtumbau WEST, 16 Pilotstädte bauen um. Forschungsfeld im Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Berlin/Oldenburg. Abrufbar unter: <http://www.stadtumbauwest.de/konzept/Broschuere2004.pdf>.

Bürger in Wut (2008): Programm der Wählervereinigung Bürger in Wut, o.O.

Magistrat der Stadt Bremerhaven (2009): Bericht 2009 über die Verwaltung und den Stand der Stadtangelegenheiten. Bremerhaven.

PGI (2007): Programm der Gemeinschaftsinitiative für die URBAN II Förderung 2000-2006 im Lande Bremen (Stadt Bremerhaven).

pro aktiv gegen rechts (2009): Lagebild Rechtsextremismus im Land Bremen.

Senat der freien Hansestadt Bremen (2008): Vierter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 – 2008.

Senator für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen (2010): Verfassungsschutzbericht 2009. Bremen.

Strukturdatenatlas der Stadt Bremerhaven 2010. Abrufbar unter: <http://www.bremerhaven.de/stadt-und-politik/stadtinformation/statistik-und-zahlen/bremerhavener-strukturdatenatlas-2010.30564.html>.

Anhang: Relevante Akteure und Netzwerke in Bremerhaven

AfZ (Arbeitsförderungszentrum im Lande Bremen GmbH)
AG „Vielfalt“
Amt für Jugend, Familie und Frauen
Amtsgericht Bremerhaven
Arbeit und Leben Bremerhaven e. V.
AWO Bremerhaven
Berufliche Bildung Bremerhaven GmbH
BST
CDU-Fraktion
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Bremerhaven
Deutsches Auswandererhaus
DGB
Diakonisches Werk Bremerhaven e.V.
Dialog Verein für gleiche Rechte
FDP-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Heinrich-Heine-Schule
i2b (ideas to business)
IHK Bremerhaven
Initiative Jugendhilfe Bremerhaven (IJB)
Kreissportbund Bremerhaven
Kreissportjugend (Tuspo Surheide)
Kulturladen Wulsdorf
Kulturladen Grünhöfe
Kunstverein Bremerhaven
Landeszentrale für Politische Bildung, Außenstelle Bremerhaven
LFI (Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven)
Migrantenforum
Ortspolizeibehörde Bremerhaven
Präventionsrat
pro aktiv gegen rechts
Solidarische Hilfe
Solidaritätsverein
Soziale Dienste der Justiz
SPD-Fraktion
Stadtjugendring Bremerhaven e. V.
Stadtteilkonferenz Leherheide
Stadtteilkonferenz Wulsdorf
SZ Geschwister Scholl
Volkshochschule Bremerhaven
ZEV (Zentrale Elternvertretung)
ZGF Bremerhaven

Anhang: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2009

Stimmeüberhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung	
Rassismus						
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	40,8	44,7	10,3	4,1	2009	**
	39,9	38,1	13,5	8,5	2002	
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	57,0	31,7	7,0	4,3	2009	**
	51,2	32,4	10,4	6,0	2002	
Fremdenfeindlichkeit						
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	16,7	37,5	25,0	20,8	2009	**
	15,3	29,3	28,6	26,8	2002	
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	33,2	43,2	13,2	10,4	2009	*
	27,0	45,3	15,5	12,2	2002	
Antisemitismus						
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluß.	47,7	35,7	9,4	7,1	2009	**
	36,8	41,6	14,7	6,9	2002	
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	62,9	26,4	7,6	3,2	2009	**
	50,5	32,9	12,1	4,5	2002	
Homophobie^a						
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	39,3	33,1	11,7	15,9	2009	**
	31,7	33,4	13,0	21,8	2005	
Homosexualität ist unmoralisch.	51,3	32,9	6,5	9,2	2009	n.s.
	46,6	36,8	6,6	10,0	2005	
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.	13,4	16,0	23,2	47,4	2009	**
	22,2	18,3	21,6	37,9	2005	
Obdachlosenabwertung^a						
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	18,5	46,5	25,5	9,6	2009	n.s.
	18,6	42,5	24,8	14,1	2005	
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	21,8	51,9	19,1	7,2	2009	n.s.
	19,0	58,2	15,2	7,6	2005	
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	20,1	43,6	21,9	14,4	2009	n.s.
	14,5	50,5	18,7	16,3	2005	
Behindertenabwertung^a						
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	59,7	35,0	2,9	2,4	2009	**
	44,4	47,3	5,4	2,9	2005	
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	48,4	40,0	8,4	3,1	2009	**
	35,1	49,7	10,1	5,1	2005	
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	52,3	41,1	4,7	1,8	2009	**
	42,8	49,7	4,7	2,8	2005	
Islamophobie^a						
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. ^a	35,1	43,5	12,2	9,2	2009	**
	25,2	50,5	13,2	11,1	2005	
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. ^a	34,6	33,2	15,6	16,6	2009	**
	26,3	40,1	14,3	19,4	2005	

Stimmeüberhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Etabliertenvorrechte					
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	15,1	31,2	35,2	18,5	2009 *
	12,7	29,4	32,9	24,9	2002
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	31,9	38,1	18,6	11,5	2009 **
	29,3	29,8	22,4	18,5	2002
Sexismus					
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	39,0	40,3	12,7	8,0	2009 **
	31,2	39,4	18,2	11,2	2002
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. ^a	44,4	42,1	7,0	6,5	2009 **
	36,8	44,5	10,5	8,2	2005
Abwertung von Langzeitarbeitslosen ^b					
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	9,1	43,9	29,6	17,4	2009 n.s.
	9,2	41,5	27,5	21,8	2007
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	11,4	31,4	27,0	30,2	2009 **
	7,0	32,2	28,1	32,7	2007

Quelle: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/pdf/Tabelle_homepage_2010.pdf